



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Französische Zustände.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Französische Zustände.

Es geht abwärts mit dem Kaiserreich. Während dürftige officiële Publicationen die Popularität des neuen Armeegesetzes preisen, erhebt sich im Süden die rothe Fahne in den Händen der jungen Leute, welche sich der Einzeichnung in die Mobilgarde widersetzen; während der Finanzminister sich bereitet, das neue Anlehen aufzulegen, erscheint eine Flugschrift nach der andern, um das Land darüber aufzuklären, was ihm in runder Summe das napoleonische persönliche Regiment gekostet. Eine unmittelbare Gefahr liegt freilich für den Kaiser in beidem nicht, der socialistische Charakter der Unruhen in Toulouse und Bordeaux muß alle besitzenden Classen auf seine Seite drängen und die französischen Finanzen können noch manche Last mehr tragen, aber als Symptome der wachsenden Unzufriedenheit verdienen jene Erscheinungen alle Aufmerksamkeit; die Nation und die Armee sind in jenem Zustand krankhafter Aufregung, welcher gewöhnlich in Frankreich einem Kriege oder einer Revolution vorangeht. Betrachten wir daher kurz diese beiden Momente, welche dem Mißvergnügen so starke neue Nahrung gegeben, das Armeegesetz und das Deficit, welches das Anlehen nöthig macht.

Als der Kaiser sich nach seiner großen Fehlrechnung von 1866 zur Reorganisation des Heeres entschloß, wünschte er das preussische System der allgemeinen Wehrpflicht einzuführen; er sah vollkommen ein, daß es durch seine kurze Dienstzeit das sparsamste sei, drei Jahre Dienst erlauben frühes Heirathen und nehmen den arbeitenden Classen verhältnißmäßig wenig von ihrer Zeit. Aber er stieß bei seinen Marschällen wie bei den Bauern auf unüberwindlichen Widerstand, bei ersteren, weil sie eine leichter zu mobilisirende Armee wünschten, bei letzteren, weil sie die Möglichkeit des Freiloosens nicht aufgeben wollten. Das jetzige Gesetz hat nun die Dienstzeit um zwei Jahre verlängert, wodurch, da das Jahrescontingent 100,000 Mann beträgt, die Gesamtziffer der stehenden Armee von 700,000 auf 900,000 Mann erhöht wird, 100,000 Mann mögen durch verschiedenartige Umstände ausfallen, es bleibt also eine verfügbare Macht von 800,000 Mann. Nun braucht aber Frankreich bei einem auswärtigen Krieg eine große Besatzung; um diese zu

gewinnen, verordnet das Gesetz, daß alle diejenigen, welche sich freigelooft haben, jährlich 20 Tage eingezogen und einexercirt werden; diese Mobilgarde soll im Kriegsfall die Garnison des Landes bilden; und um das neue System sofort fertig hinzustellen, hat man dieser Clausel rückwirkende Kraft gegeben; so daß sich die Freigelooften der letzten 4 Jahre zu stellen haben. Die Bedeutung dieser Heeresreorganisation ist offenbar schwerwiegend; was auch der Kriegsminister vorgebracht hat, um sie als eine Erleichterung und gleichere Vertheilung der Militärlast erscheinen zu lassen, es ist unleugbar, daß sie dem Lande große neue Lasten auflegt, sie entzieht 200,000 Mann mehr der productiven Arbeit und belastet die Staatscasse mit deren Unterhalt; die Unruhen im Süden zeigen, daß die Massen dies sehr wohl fühlen. Sanguine Politiker argumentirten nun so, daß die Regierung dadurch genöthigt sein werde, als Aequivalent dem Volke die Freiheit zu gewähren. Doch dürfte Preß- und Vereinsgesetz, wie sie endlich nach langen Kämpfen zu Stande gekommen, diese Illusion schon hinlänglich zerstört haben; der Imperialismus ist allerdings kein nackter Despotismus, aber er ist mit wirklicher freiheitlicher Entwicklung doch unverträglich. Der Kaiser ist davon durchdrungen und überzeugt, daß die Franzosen, zumal bei seiner jetzigen Lage, die Freiheit nur brauchen würden, um ihn zu stürzen. Einfaches Stillsitzen ist aber auch nicht möglich und Oktiviers Alternative: *la liberté ou la guerre*, behält darum ihre große Wahrheit. Die eigentliche Kriegsgefahr liegt in der innern Lage Frankreichs, weit mehr als in den unhaltbaren Zuständen des Orients oder sonstiger europäischer offener „Fragen“. Freilich würde man dem Kaiser Unrecht thun, wenn man glaubte, daß er einen großen Conflict wünscht, im Gegentheil, er weiß, daß ein solcher ein Unternehmen von der höchsten Gefahr für seine Dynastie sein würde und Frankreich schwerlich erheblichen Gewinn bringen könnte, aber die Situation kann ihn nichtsdestoweniger leicht zu einem derartigen Kampfe zwingen, gerade so, wie er sich zu der zweiten römischen Expedition gedrängt sah. Niemand wird ihn für einen bigotten Anhänger des alten Rechtes halten, hat ihn doch Pio Nonno in vertraulichen Aeußerungen früher als Judas, als das Thier der Apokalypse bezeichnet; aber die Stimmung der großen Majorität des Landes, welches viel clericaler ist, als man bei uns nach der französischen oder vielmehr pariser Presse annimmt, nöthigte ihn, sich gegen Italien zu wenden, und zwang Rouher zu der schwerwiegenden Erklärung vom 5. Dezember. Napoleon ist, wie wir vorher sagten, kein einfacher Autokrat, er ist ein Cäsar, der sorgfältig der Volksstimmung den Puls fühlen muß und sich nicht etwa der heranbrausenden Lokomotive entgegenwerfen kann. In letzter Instanz ist es daher die Nation, welche dafür verantwortlich ist, wie sie geführt wird. Vor 20 Jahren stürzte das pariser Volk Louis Philipp, weil er ihm

einige Freiheiten verweigerte, die jetzt als unerreichbar kaum discutirt werden, in Wahrheit aber fiel die Julimonarchie, weil sie keine starke Regierung im französischen Sinne war. Frankreich will eine Regierung, die nicht nur alle berechtigten Interessen schützt, sondern auch das Volk leitet, anspornt, unterrichtet und daneben ihm eine hervorragende, ja die erste Stellung in Europa sichert. Das hatte das Guizot'sche Regiment nicht erreicht; es versuchte weder die Freiheit durch Selfgovernment zu begründen, noch konnte es sich zu einer gebietenden Stellung nach außen ausschwingen, es erlitt vielmehr zahlreiche diplomatische Niederlagen und seine Siege waren zweischneidige Siege der Intrigue, wie bei den spanischen Heirathen. Louis Napoleon verstand, daß nach den Saturnalien der Republik eine starke Regierung, ja daß das, was man in Frankreich un gouvernement à outrance nennt, das erste Bedürfniß des Landes sei, er zog die Zügel schärfer an und befriedigte die Nationaleitelkeit durch siegreiche Kriege, glänzende Ausstellungen und gesteigerte materielle Entwicklung. Aber freilich die Bedingung solchen persönlichen Regiments ist ununterbrochener Erfolg, und seitdem Napoleon die polnische Frage in die Hand nahm, hat er nur Mißerfolge gehabt. Das kann nicht so fortgehen, über kurz oder lang wird ihn die Unzufriedenheit im Innern nöthigen, durch eine große militärische Action, die letzten diplomatischen Niederlagen vergessen zu machen und eben deshalb ist nichts darauf zu geben, wenn jetzt Minister und Moniteur die Friedensschalmei blasen, das Capital glaubt diesen Versicherungen nicht, la grève du milliard der Bank dauert fort, denn wenn das neue Armeegesetz auch nicht unmittelbaren Krieg bedeutet, so macht es doch den Krieg leicht. Augenblicklich fehlt dem Kaiser dazu ein Anlaß, welcher Frankreich gegenüber als eine Herausforderung ausgelegt werden könnte, er hat seine Kriege nie ohne Allirte begonnen und seit dem prager Frieden sucht er vergeblich eine Allianz. Das mag den Frieden für dies Jahr sichern, aber es beseitigt nicht die eigentliche Gefahr, denn so wenig der Kaiser vielleicht jetzt aggressive Absichten gegen Deutschland hat, so erklärt doch die französische Diplomatie sehr bestimmt, man werde strict den prager Frieden zu wahren wissen, d. h. einem weitem entschiedenen Schritte auf dem Wege der Vereinigung des Südens mit dem norddeutschen Bunde entgegentreten. — Ein anderes bedenkliches Moment für den Frieden sind die französischen Finanzen; gewöhnlich freilich nöthigt schlechte Wirthschaft im privaten, wie im öffentlichen Leben zur Sparsamkeit und Enthaltung von unproduktiven Ausgaben, aber es gibt Fälle, wo es umgekehrt geht, wenn nämlich die finanzielle Kraft eines Staates noch nicht erschöpft ist, aber so angegriffen, daß es wünschenswerth wird, die Aufmerksamkeit der Nation von der innern Kritik durch ein großes Unternehmen abzulenken. In diesem Falle befindet sich Frankreich, im erstern da-

gegen Oestreich, welches so sehr an der Grenze seiner Kräfte angelangt ist, daß der Friede dort unbedingtes Bedürfnis ist. Soweit ist es mit den französischen Finanzen noch lange nicht gekommen, es ist uns fraglich, ob der wahre Reichthum des Landes hinlänglich geschätzt wird, und wir sind überzeugt, daß es schließlich bei öconomischer Verwaltung noch erheblich mehr aufbringen könnte als es jetzt thut, das Bedenkliche ist das Mißverhältniß der ungeheuren Ausgabe zu den Resultaten die dafür erzielt sind. Seit seinem Bestehen (1852) hat das Kaiserreich 5 Milliarden Fr. angeleihen, die Rentenconversion ergab außerdem einen Gewinn von 120 Mill. und diese 5120 Mill. sind fast ausschließlich zu unproduktiven Ausgaben verwendet, die Annexion von Nizza und Savoyen, sowie die zweifelhafte Colonie in Cochinchina, sind die einzigen positiven Resultate. Die gebietende Stellung, welche der Krimkrieg, sowie der italienische Feldzug dem Kaiser in Europa gaben, ist durch die späteren Mißerfolge geschwunden und nun verlangt die Regierung ein neues Anlehen, welches bereits im voraus als ganz unproduktiv bezeichnet werden muß. Denn sie fordert, um die Ausgaben der Heeresreorganisation zu bestreiten, 440 Mill. d. h. baar, es werden also, da das neue Anlehen etwa zu 68% geschlossen werden wird, etwa für 625 Mill. Renten ausgegeben werden, das Land soll also jährlich 19 Mill. mehr aufbringen, um das unpopuläre Armeegesetz durchzuführen zu helfen, welches keinen möglichen Gewinn wie ein glücklicher Krieg in Aussicht stellt, sondern nur neue große Lasten, bloß um Frankreichs militärischen Rang aufrecht zu halten. Es würde übrigens nicht gerecht sein, den Kaiser allein für diese Situation verantwortlich zu machen. Die französische Nationalleitheit verlangt eine gebietende Stellung und doch will das Volk keine höheren Opfer dafür bringen, nichts hat die Republik so discreditirt, als der centime additionnel, die Regierung sieht sich also fortwährend durch ein Volk zu Ausgaben gezwungen, das doch nicht mehr steuern will; so ward das Kaiserreich auf die abschüssige Bahn der Anleihen gedrängt und hat dadurch die Zukunft in einer Weise belastet, die ernste Bedenken erregen muß. Folgendes ist ein kurzer Ueberblick der seit 1862 gemachten Anlehen:

374 Departementanlehen . . . . .	154,132,854 Frs.
541 Städtische Anlehen durch Gesetz . . . . .	460,473,372 "
Anlehen von Gemeinden unter 100,000 Einw., durch Kaiserl. Decret autorisirt . . . . .	200,000,000 "
Emprunt de la Seine . . . . .	50,000,000 "
Emprunt de la ville de Paris (1852) . . . . .	50,000,000 "
" " " " (1855—1860) . . . . .	218,000,000 "
" " " " (1865) . . . . .	300,000,000 "
Obligations de délégation . . . . .	454,000,000 "

Obligations du fonds des travaux publics de Paris . . . . .	120,000,000	Fr.
Hierzu kommen nun noch Staatsschulden seit 1852 . . . . .	5000,000,000	"
Gewinn der Rentenconversion . . . . .	150,000,000	"
Anlehen von 1868—440 Mill. baar à 68% . . . . .	625,000,000	"
	<hr/>	
	7781,606,226	Fr.

Also auf mehr als  $7\frac{3}{4}$  Milliarden Franken beläuft sich die außerordentliche Ausgabe Frankreichs in den  $15\frac{1}{2}$  Jahren seit der Gründung des Kaiserreichs, wofür zu  $4\frac{1}{2}\%$  450 Mill. Frs. Zinsen erfordert werden. Außerdem sind mit Sicherheit noch weitere Staatsanlehen vorauszusehen, die mexikanischen Obligationeninhaber sollen entschädigt werden. Der Finanzminister hat in seinem Bericht bereits vor der Illusion gewarnt, daß mit 440 Mill. die gesammten Kosten der Reorganisation gedeckt werden könnten und dabei sind wirklich kriegerische Verwickelungen noch gar nicht in Anschlag gebracht. Wie erwähnt sehen wir an sich in dieser Lage noch keine unmittelbare Gefahr für die Zahlungsfähigkeit Frankreichs. Wenn durch den steigenden Verkehr die großen Hilfsquellen des Landes noch mehr zur Entfaltung gekommen sein werden, wenn die Steuerlast richtiger vertheilt, die verderbliche Institution der Generaleinnehmer abgeschafft und durch eine öconomische Verwaltung ersetzt sein wird, so könnte Frankreich gewiß  $2\frac{1}{2}$  Milliarden jährlich aufbringen und die Staatsschuld, so colossal sie angeschwollen, beträgt doch noch kaum  $\frac{2}{3}$  der englischen. Aber zu derartigen Reformen ist augenblicklich keine Aussicht, man wird nicht sparen können, deshalb fortfahren, auf Rechnung der Zukunft zu leben und es nach dem Grundsatz *après nous le déluge* den Nachfolgern im Regiment überlassen, die neuen Steuern aufzulegen, um das Deficit zu beseitigen. Aber niemand kann sich verhehlen, daß ein solcher Zustand voll von Gefahr ist, denn Napoleon muß wünschen, die Aufmerksamkeit von dieser Situation abzuziehen und zugleich die verletzte Nationaleitelkeit nach außen zu befriedigen. Es fragt sich nun, gegen wen er sich wenden könnte? Daß Italien sich ihm unterwerfen muß, ist kein Trost, weil es kein ebenbürtiger Gegner wäre, mit Deutschland mag er nicht ohne Noth anbinden, mit England zu brechen liegt kein Grund vor. Es bleibt sonach nur Rußland, Napoleon wird nicht isolirt in den Krieg gehen und allein gegen Rußland kann er jetzt den einzigen Verbündeten anwerben, den er überhaupt findet, Oestreich, weil in der That dasselbe alles von Rußland zu befürchten hat. Rußland bietet auch leicht einen Grund zum Kriege, denn wenn es nicht im Orient intrigirt, so unterdrückt es die Polen und gerade jetzt ist durch kaiserlichen Ukas die letzte Spur des Königreichs Polen verschwunden, zu dessen König einst Louis Napoleon erwählt war. Es ist dies eine wenig bekannte und beachtete Thatsache, die aber feststeht. Die Gesandten der provisorischen Regierung haben in Augsburg dem Prinzen Louis Napo-

leon die Krone Polens angeboten, er hat sie nicht abgelehnt; während er noch mit der Antwort zögerte, kam die Nachricht, daß Warschau gefallen sei. Napoleon vergißt solche Dinge nicht, er weiß auch, daß die polnische Sache in Frankreich populär ist und daß Rußland bei seinen inneren Wirren einen harten Stand haben könnte, wenn Oestreich sich diesmal ernstlich mit Frankreich erklärte, was es 1863 nicht wagte; außerdem könnte Schweden gewonnen werden. Nur eine ernste Gefahr droht bei solchem Vorgehen, die Ungewißheit über die Stellung, die Preußen einnehmen würde. Es scheint, daß für dasselbe widersprechende Interessen in Frage kommen, es kann keinen Wunsch haben, Rußlands Macht zu steigern, die schon so schwer auf seiner Ostgrenze drückt, auf der anderen setzt es sich mit Neutralität der Chance aus, von Frankreich und Oestreich angegriffen zu werden, wenn Rußland geschlagen ist, und Graf Bismarck könnte diese letztere Gefahr für die größere halten. Der Kaiser zögert offenbar noch, aber er bereitet sich vor: wenn Frankreich bis an die Zähne gerüstet ist und Prinz Napoleon politische Studienreisen macht, so kann das keinen Friedenscongreß bedeuten, wenn auch die Officiösen noch soviel versichern, daß kein Wölkchen am Himmel zu sehen sei.

## Die Jesuiten als Gymnasiallehrer in Oestreich.

### I.

Gedenkt man der Schäden, welche durch das Concordat in Oestreich verursacht oder bewahrt wurden, so wird in erster Reihe immer an die Volksschule gedacht, und in der That hat diese den Druck der clericalen Bevormundung am schwersten gefühlt. Von nicht geringerer Bedeutung ist es aber gewesen, daß ein großer Theil der Gymnasien des Kaiserstaats von Alters her in den Händen der geistlichen Ordensbrüderschaften, ganz besonders der Jesuiten war. Dieser Umstand ist um so schwerer ins Gewicht gefallen, als derselbe die geistige und wissenschaftliche Unfreiheit derer bedingte, welche durch sociale Stellung vorzugsweise dazu berufen waren, die Führer des Volks zu sein und in dem Kampf gegen das alte System die vorderste Reihe einzunehmen.

Die vorliegenden Blätter bilden den ersten Theil einer Abhandlung, welche sich zur Aufgabe gemacht hat, System und Thätigkeit der Jesuiten als Gymnasiallehrer Oestreichs darzustellen. Jene starre Consequenz des